



**3 armutsfeste Arbeitsplätze mit Sozialversicherung**  
**statt 4 „1 € - Zwangs-Jobs“ ohne Rechte und Perspektive**

**Zwangsarbeit als Lückenbüßer**

Mit „1 € - Jobs“ sollen Lücken im Bereich öffentlicher Dienstleistungen gefüllt werden, die zuvor durch kommunale Spar- und Sanierungspolitik erzeugt wurden. Im Jugend- und Kulturprojekt „Lagerhaus“ in der Schildstraße soll das Angebot mit „1 € - JobberInnen“ aufrecht erhalten werden. Es ist in der öffentlichen Diskussion, auch an Schulen und in Kitas dasselbe Konzept durchzuführen.

Dies sind Beispiele, die beliebig fortgeführt werden können. Sie zeigen, wie reguläre Arbeitsplätze und armutsfeste Beschäftigung im Bereich öffentlicher Aufgaben durch „1 € - Jobs“ auf Zwangsbasis verdrängt werden.

Wie bei den Minijobs auf 400 € Basis führt eine Ausweitung dieser ungeschützten Zwangs-Beschäftigungsverhältnisse zu einer weiteren Vernichtung von Regel-Arbeitsplätzen und erhöht zusätzlich den Druck auf die ortsüblichen Löhne und ArbeitnehmerInnen-Rechte.

**Neoliberale Wirtschafts- und Sanierungspolitik versagt, die Folgen der krisenhaften Entwicklung werden den Betroffenen aufgebürdet.**

**Individualisierung der Erwerbslosigkeit**

Die Unmöglichkeit eine reguläre Stelle auf dem 1. Arbeitsmarkt zu bekommen, wird den Erwerbslosen zum Vorwurf gemacht: Sie seien zu faul, unflexibel, arbeitsunfähig und zu anspruchsvoll und müssten erst wieder an Arbeit gewöhnt werden.

**Zugewiesene „1 € - Jobs“ müssen angetreten werden.**

Sonst droht die Kürzung des ALG II um 30 % für 3 Monate. Bei unter 25-jährigen werden die Mittel komplett gestrichen, bis auf die Kosten der Unterkunft.

Damit sind „1 € - Jobs“ Erpressung zu befohlener und entrechteter Arbeit: Ohne Recht auf Kündigungsschutz, Krankengeld, Urlaubsgeld, Anspruch auf betriebliche Mitbestimmung oder sonstige tarifvertragliche Regelungen.

Der "Arbeitgeber" soll der Agentur für Arbeit Fehlzeiten und "Fehlverhalten" melden, damit entsprechende Sanktionen vollzogen werden können. Der Willkür der Träger sind so „Tür und Tor“ geöffnet.

**Wer meint, von einem Job müsse Mensch doch Über-Leben können, wird eines Besseren belehrt.**

**Existenz sichernde Löhne sind finanzierbar!**

Werden alle monatlichen Kosten, die die Kommunen und der Bund für die Einrichtung von „1 € - Jobs“ aufbringen müssen zusammengefasst, ergibt sich (abhängig von der Miethöhe) ein Betrag von ca. 1.378 €. Damit können annähernd armutsfeste Regelarbeitsplätze geschaffen werden!

Armutsfest: Eine allgemeingültige Ableitung sieht hierfür 50 % des durchschnittlichen Einkommens aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten vor.

Das so definierte monatliche Durchschnittseinkommen lag

in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2003 bei **2.884,00 € Brutto**.

Entsprechend ist das Armutskriterium im Jahr 2005 bei **rund 1.500,00 € Brutto**

Das wären für den/die **Single-ArbeitnehmerIn ca. 1.100, 00 € Netto**

Ein Unternehmen, dass seine ArbeitnehmerInnen mit diesem immer noch geringen Gehalt entlohnt, müsste einschließlich 20 % Beitrag zu den Sozialversicherungen, Lohnkosten von 1.800,00 € tragen.

**Sozialversicherungspflichtige Mindestlöhne finanzieren sich zum großen Teil selbst, wie nachfolgende**

**Rechnung zeigt: 3 statt 4 : Alternativen sind machbar!**

**Gesellschaftliche monatliche Kosten für einen „1 - € Job“:**

Alg II – Regelsatz Alleinstehende/r	345 €
Wohnkosten inkl. Heizung (max 50 €)	315 €
Sozialversicherungsbeiträge	218 €
Träger-Pauschale für 1 € - Job	500 €
<b>Summe</b>	<b>1.378 €</b>

**Insgesamt wird für einen „1 € - Jobber“ ein Volumen von gut 1.378 € vorgehalten. Das sind 75 % der Mittel (Lohnkosten von 1.800,00 €), die für einen regulären, nach den Kriterien der europäischen Sozialcharta armutsfesten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz ausgegeben werden müssten.**

## **Arbeit muss mindestens ein Existenz sicherndes Einkommen erbringen.**

Im sozialen Dienstleistungsbereich ist ausreichend Arbeit vorhanden, die nicht erwerbsmäßig organisiert ist. Wir fordern dort die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen zusätzlichen Arbeitsplätzen. Auch die kleinen Vereine und soziokulturellen Einrichtungen werden ständig in ihrer Existenz bedroht. Wir wissen, dass viele bislang gezwungen waren, ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit durch unkontinuierliche ABMs und BSHG-Stellen zu sichern, so dass im Einzelfall „1 - € Jobs“ als einzige Alternative erscheinen könnten.

Wer angesichts des permanenten Kahlschlags im Sozial- und Bildungsbereich auf 1 € - Kräfte setzt, verbaut sich dauerhaft die Chance auf vernünftige Regelangebote. Der kurzfristig billige Rückgriff auf „1 € - Jobs“ legitimiert in Bremen den weiteren Sozialkahlschlag und führt das soziale Hilffsystem in ein strukturelles Desaster: Ein Bildungs- und Sozialsystem auf Basis von „1 € Billig-Jobs“ und Zwangsdiensten kann nicht funktionieren.

## **Wohin soll die Einführung von Zwangsarbeit führen?**

**Diese Frage müssen sich die Träger (soziale, Bildungs- und kulturelle Einrichtungen etc.) stellen und für die Mitgestaltung des Arbeitsmarktes ihre Verantwortung übernehmen und sich gegen Zwangsarbeit aussprechen.**

Die aktuelle Politik der „1 € - Jobs“ ist das Eingeständnis, dass Verwaltung und die neoliberalen Parteien keine

Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit haben und stattdessen auf Kosten der Erwerbslosen, der Beschäftigten und der NutzerInnen öffentlicher Einrichtungen handeln. Mit ihrer hilflosen Sanierungspolitik sind sie nicht in der Lage, genug Arbeitsplätze zu schaffen, damit alle Menschen aus eigener Kraft sich und ihre Familien ausreichend und angemessen versorgen können.

## **Der Weg aus der Spirale von Lohn- und Sozialdumping ist möglich!**

Die Vorteile Existenz sichernder Arbeit liegen auf der Hand: Kinder, Pflegebedürftige, Jugendliche usw. hätten motivierte Erzieher, Betreuer, Pfleger und Lehrer; die zuvor Erwerbslosen hätten eine Existenz sichernde Arbeit; der Staat nähme Steuern ein; die Sozialkassen bekämen Beiträge; teure Folgekosten der Arbeitslosigkeit unterblieben.

Öffentliche Zukunftsinvestitionen für Bildung, sozialen und ökologischen Fortschritt sind notwendig und finanzierbar.

Die Antwort auf Massenarbeitslosigkeit muss deshalb Arbeitsumverteilung und eine menschenwürdige Mindestsicherung bei Erwerbslosigkeit sein.

## **Alternativen sind machbar! Setzen Sie sich dafür ein!**

- **Reguläre Existenz sichernde Arbeitsplätze statt „1 € - Jobs“ als Lückenbüßer für soziale, kulturelle und Bildungs- oder andere öffentliche Aufgaben**
- **Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Reichtum**
- **Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen durch Steuergerechtigkeit und Umverteilung des gigantischen Privatvermögens**
- **Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis von Existenzsicherung und Solidarität**

**3 statt 4!**